



Information gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, Landhaus 1, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it
PEC: generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragter (DSB). Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: E-Mail: dsb@provinz.bz.it; PEC: rpd_dsb@pec.prov.bz.it.

Die mit der Verarbeitung betraute Person ist die Direktorin pro tempore des Amtes für Ausbildungs- und Berufsberatung an ihrem Dienstsitz.

Zwecke der Verarbeitung: Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für die institutionellen Zwecke, die im Sinne des Landesgesetzes Nr. 15 vom 4. Mai 1988 „Regelung der Ausbildungs- und Berufsberatung“ verfolgt werden, verarbeitet. Dieses Landesgesetz ist Grundlage einer öffentlichen Dienstleistung, die sich an Schüler*innen der Pflichtschulen, an Oberschüler*innen und Hochschüler*innen, sowie an alle Personen, die sich mit einer Schul-, Ausbildungs- und/oder Berufswahl auseinandersetzen, richtet, mit dem Ziel, durch Information und fachliche Beratung die schulische und beruflische Orientierung zu fördern, um das Recht auf Studium und Beruf zu verwirklichen.

Die Daten können in anonymisierter Form zu statistischen Zwecken und zur Analyse des angebotenen Dienstes verarbeitet werden.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist die Ausführung einer Aufgabe von öffentlichem Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde, gemäß Artikel 6, Absatz 1, Buchstabe e) der Verordnung, und Artikel 2-sexies, Absatz 2 Buchstabe bb) Erziehung und Unterricht im Pflicht-, Berufs-, Ober- und Hochschulbereich des Datenschutzgesetzes in Durchführung der Bestimmungen von Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g) der Verordnung, d.h. personenbezogene Daten „aus denen die rassische und ethnische Herkunft, religiöse, weltanschauliche oder sonstige Überzeugungen, politische Meinungen, Zugehörigkeit zu Parteien, Gewerkschaften, Verbänden oder Organisationen mit religiösem, weltanschaulichem, politischem oder gewerkschaftlichem Charakter hervorgehen, sowie Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben“.

Es wird zusätzlich informiert, dass die Zustimmung für Minderjährige gemäß Artikel. 31 des Ethik-Kodexes für Psycholog*inn*en erforderlich ist.

Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragte Dienstleistung erledigt werden kann. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, kann die angefragte Dienstleistung nicht geleistet werden.

Mitteilung und Datenempfänger. Im alleinigen Interesse des Minderjährigen und zur besseren Bereitstellung der angebotenen Dienste, nach Information und Absprache mit dem die elterliche Verantwortung ausübenden Unterzeichners dieser Datenschutzerklärung, arbeitet das Amt für Ausbildung- und Berufsberatung gemäß Art.5 des Landesgesetzes N.15/1988 mit anderen öffentlichen und privaten Rechtsträgern zusammen; zu diesen gehören die Mittel- und Oberschulen, die Berufs- und Fachschulen und all jene öffentlichen und privaten Einrichtungen im In- und Ausland und Berater*innen, die für die Ausübung der Beratungstätigkeit dienlich sind. Das Amt für Ausbildungs-



und Berufsberatung arbeitet außerdem mit dem Arbeitsservice, den Arbeitsvermittlungszentren, dem Amt für Arbeitsmarktbeobachtung zusammen und hält in seiner Tätigkeit die Verbindung zu den Vertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufrecht.

Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogene Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln, ohne die vom Abschnitt V der Datenschutz -Grundverordnung 2016/679 geeigneten vorgesehenen Garantien.

Die genannten Rechtsträger handeln entweder als externe Auftragsverarbeiter oder in vollständiger Autonomie als unabhängige Verantwortliche.

Verbreitung. Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden, und zwar bis 10 Jahre.

Automatisierte Entscheidungsfindung. Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person. Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden. Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparente-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Der Text zum Datenschutz kann auf der Homepage des Amtes www.provinz.bz.it/berufsberatung eingesehen und heruntergeladen werden.



Einwilligungserklärung für Minderjährige

Ich Unterfertigte/r, Herr/Frau _____ geboren in _____ am ____/____/_____ und wohnhaft in _____, Tel. _____, E-Mail-Adresse _____ habe die Datenschutzerklärung gelesen.

Für die Inanspruchnahme der beruflichen Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Ausbildungs- und Berufsberatung **zugunsten des Minderjährigen/der Minderjährigen**

Name, Vorname:	
Geburtsdatum und -ort:	
Wohnort:	
E-Mail-Adresse:	

wurde ich über die folgenden Punkte informiert:

- Berufsberaterinnen und Berufsberater und Psychologinnen und Psychologen der Abteilung Bildungsförderung unterstützen Ratsuchende in der Orientierungsphase laut institutionellem Auftrag.
- Um dieses Ziel zu erreichen, können bei Bedarf und je nach Zuständigkeit und Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den deontologischen Kodex der Psychologinnen und Psychologen respektierend, das vertiefende Orientierungsgespräch und psychologische Eignungstests durchgeführt und Fragebögen verwendet werden, um so Themen, die mit der jeweiligen Bildungs- und/oder Berufswahl zusammenhängen, zu vertiefen.
- Wie lang eine vertiefende Maßnahme dauert, kann im Voraus nicht bestimmt werden: Die Ziele und die benötigte Zeit werden von Mal zu Mal vereinbart.
- Die Eltern können zu jedem Zeitpunkt den Abbruch der Beratung verlangen. In diesem Fall verpflichten sie sich, dem Mitarbeiter/der Mitarbeiterin dies ausdrücklich mitzuteilen. Ein abschließendes Gespräch, in welchem die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit zusammengefasst werden, wird jedoch als äußerst wichtig erachtet.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterliegen dem Berufsgeheimnis, von dem sie nur im Zuge einer ausdrücklich erfolgten Zustimmung der Betroffenen oder einer ausdrücklich vom Gesetz vorgesehenen Regelung, entbunden werden.



Ich bin mir der Verantwortung und der strafrechtlichen Haftung gemäß Art. 76 des DPR 445/2000 für unwahrhaftige Erklärungen bewusst und akzeptiere, unter meiner persönlichen Verantwortung, in Übereinstimmung mit dem anderen Elternteil, dass meine Tochter / mein Sohn **die vereinbarte Leistung in Anspruch nimmt.**

Ich stimme zu **Ich stimme nicht zu**

Ort und Datum

Unterschrift des/der Erziehungsberechtigte/n

Im Bedarfsfall auszufüllen:

Ich bewillige, **Ich bewillige nicht,**

dass ausschließlich zu institutionellen Zwecken der Ausbildungs- und Berufsberatung laut LG 15/1988, Art. 2 und 5 Informationen mit folgendem Dienst bzw. mit folgende/r/m Berater/in/Personen ausgetauscht/besprochen werden dürfen, um für die Ausbildungs- und Berufsorientierung relevante Themen zu vertiefen.

Ort und Datum

Unterschrift
